

Antrag

**der Abgeordneten Jennifer Jasberg, Olaf Duge, Rosa Domm, Gerrit Fuß,
Dominik Lorenzen, Sonja Lattwesen, Zohra Mojadeddi,
Johannes Alexander Müller, Andrea Nunne, Lisa Maria Otte, Dr. Miriam Putz,
Dr. Gudrun Schitteck, Ulrike Sparr (GRÜNE) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Dr. Christel Oldenburg, Martina Koeppen, Matthias Czech,
Gabi Dobusch, Sabine Jansen, Dirk Kienscherf, Iftikhar Malik,
Alexander Mohrenberg, Lars Pochnicht, Britta Schlage, Ali Simsek, Nils Hansen,
Michael Weinreich, Dagmar Wiedemann, Güngör Yilmaz (SPD) und Fraktion**

**Betr.: Oberbillwerder – einen Ort schaffen für Transparenz, Diskussion und
Aufklärung**

Der Zuzug nach Hamburg als attraktive Metropole ist nach wie vor ungebremst. Die Einwohnerzahl wuchs von 2011 bis 2020 von 1.718.187 auf 1.852.478 und ist somit um 134.291 Menschen angestiegen. Das erzeugt eine sehr hohe Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und führte zu stetig steigenden Mieten.

Hamburg hat seit 2010 entgegengesteuert und sein Wohnungsbauprogramm zu einem bundesweit einmaligen Erfolgsmodell gemacht. Seit 2011 wurde der Bau von über 100.000 neuen Wohnungen genehmigt, davon sind bisher 77.000 fertiggestellt.

Hamburg ist klug beraten, dieses Programm im Sinne aller Hamburger*innen weiterzuführen und hier nicht nachzulassen.

Zahlreiche größere Stadtentwicklungsvorhaben sind aktuell in Bau oder in Planung: in Wilhelmsburg, in Neugraben, in Bahrenfeld die Science City, in Bälde Mitte Altona II und Diebsteich, Hafencity, auf dem Kleinen Grasbrook sowie in Öjendorf oder in Oberbillwerder.

Mit circa 118 ha und 6.000 bis 7.000 Wohneinheiten ist Oberbillwerder Hamburgs zweitgrößtes Stadtentwicklungsprojekt. Für den künftigen Modellstadtteil Active City plant die städtische Entwicklungsgesellschaft „IBA Hamburg“ im Auftrag der Stadt lebendige Nachbarschaften mit vielseitigen Angeboten für Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport und Erholung. In Oberbillwerder werden sehr hohe Ansprüche an die Klimaneutralität, an die Mobilität der Zukunft, an die Verwendung erneuerbarer Energien sowie an die Verbindung von Arbeiten, Wohnen, Wissenschaft und Freizeit gestellt. Oberbillwerder wird der erste Stadtteil des 21. Jahrhunderts, der sich nicht nur den Herausforderungen der Zukunft unserer Gesellschaft stellen muss, sondern aufzeigen wird, wie wir zukünftig leben können und wollen.

Oberbillwerder ist gleichzeitig der Abschluss der Entwicklungsachse vom Zentrum nach Bergedorf. Nach Nettelnburg-Süd, Allermöhe I und II sowie den Gewerbe- und Industriearealen in Moorfleet und Allermöhe wird die Achse, die vom damaligen Oberbaudirektor Fritz Schumacher in seinem Achsenplan vor exakt 100 Jahren skizziert wurde und im „Räumlichen Leitbild“ der Stadt Hamburg aus dem Jahr 2007 verankert wurde, mit Oberbillwerder finalisiert.

Klar ist aber auch, dass dieser Abschluss bedeutet, dass größere Entwicklungsvorhaben südlich der A 25 nicht stattfinden werden. Allenfalls eine behutsame Dorfentwicklung in den Vier- und Marschlanden bildet den maximalen Zielkorridor der getroffenen Vereinbarungen in Bezug auf die Stadtentwicklung Bergedorfs. Rot-Grün hat zudem im gleichen Atemzug zahlreiche Gebiete, wie die Allermöher Wiesen, die Boberger Niederung und die Reit unter Naturschutz gestellt und somit für den notwendigen Naturausgleich gesorgt.

Rund zwei Jahre nach der Verabschiedung des Masterplans für Oberbillwerder werden die einzelnen Fachthemen weiter konkretisiert. Ob Architektur, Freiraumplanung oder Mobilitätskonzept – bei allem steht die Umsetzung urbaner Innovationen im Mittelpunkt. Damit wird der hohe städtebauliche Qualitätsanspruch im zukünftigen Stadtteil gesichert.

Nichtsdestotrotz sorgen Stadtentwicklungsvorhaben – vor allem in dieser Größenordnung – immer auch für Ängste und Sorgen oder auch Widerstand. Zahlreiche Aktionen, Demonstrationen, Initiativen zeugen davon. Die letzten größeren Stadtentwicklungsvorhaben im engen urbanen Kontext – Mitte Altona I und das Pergolenviertel in Barmbek – haben eindrücklich gezeigt, wie solche Vorhaben zukünftig besser kommunikativ begleitet werden können.

In Mitte Altona I hat man sich beispielsweise zunächst auf klassische Formate konzentriert. Im Zuge der Bürgerbeteiligung wurde dann jedoch erheblich nachgesteuert. Mit einem Koordinierungsrat und einem Raum der Diskussion vor Ort wurden alle relevanten Themen zusammen mit den Bürger*innen aufgearbeitet, transparent dargestellt und intensiv und kontrovers diskutiert.

Ein solcher Ort fehlt bisher in Oberbillwerder. Die Sorgen und Fragen beispielsweise in Bezug auf die Entwässerung bei Starkregenereignissen, zur Belastung durch zukünftige Verkehre beziehungsweise die Konzeptionierung des Mobilitätskonzeptes bis hin zur Frage der Transporte für die notwendige Sandaufschüttung zeigen sich eindrücklich in Demonstrationen, Initiativen und Protesten.

Politik muss um Vertrauen werben, offene Fragen klären, mit den Bürger*innen diskutieren, und manchmal auch streiten. Hierfür benötigt man einen Raum – vor Ort, barrierefrei, „im Vorbeigehen“ erreichbar-, um dort einfach nur mal reinzuschauen oder zu diskutieren.

Welcher Ort wäre besser geeignet, als der S-Bahn-Ausgang Allermöhe auf der Seite von Oberbillwerder: ein temporärer Ort, ausgestattet mit allen relevanten Informationen auf allen relevanten Medien, personell mit verlässlichen Öffnungszeiten ausgestattet und einem (auch wiederholendem) Veranstaltungskatalog, welcher den noch Jahre andauernden Planungs- und Bauprozess eng begleitet.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. eine mobile Informationsform zu prüfen, um an verschiedenen Orten und Plätzen insbesondere im Bezirk Bergedorf über den geplanten neuen Stadtteil zu informieren;
2. im Jahr 2023 einen fest installierten Planungsraum am Bahnhof Allermöhe zu schaffen.
3. im Zuge der Bürgerbeteiligung zum Projekt Oberbillwerder unter anderem digitale Planungstische einzusetzen;
4. durch kleine Themenveranstaltungen die Kommunikation mit den Bürger*innen über offene Fragestellungen in Bezug auf die jeweiligen Planungsschritte rund um Oberbillwerder sicherzustellen und den Planungsprozess noch transparenter zu gestalten;
5. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2023 zu berichten.